

Eltern sollen für Tagesstätten tiefer in die Tasche greifen

Von "Kornwestheim und Kreis Ludwigsburg", aktualisiert am 23.03.2011 um 00:00

Kornwestheim Der Gesamtelternbeirat fordert daher Bestandschutz bei Neuordnung der Gebühren für die Kinderbetreuung. Von Gaby Mayer-Grum

Für die Betreuung ihrer zwei Kinder müsse sie bereits jetzt die Hälfte ihres Gehalts aufwenden, erzählt die Mutter. Setzt die Stadt Kornwestheim ihre Vorstellungen einer neuen Entgeltordnung für Kindertagesstätten durch, kommt es für die Frau noch dicker: Rund 120 Euro mehr müsse sie dann jeden Monat berappen, 65 bis 70 Prozent ihres Lohns fließe allein in die Kinderbetreuung, erzählt sie am Montagabend bei der nicht öffentlichen Informationsveranstaltung der Stadt zur neuen Gebührenordnung.

So frustriert wie jene Mutter seien an diesem Abend einige Eltern gewesen, erzählt Cornelia Sattler, Sprecherin des Kornwestheimer Gesamtelternbeirats (GEB). Entsprechend emotional sei die Diskussion mit Vertretern der Stadt mitunter geführt worden. Sattler kann die Erregung der Mütter und Väter gut nachvollziehen. Mit der Einführung des neuen Computerprogramms Nordholz will die Stadt auch die Gebührensätze für die Kinderbetreuung - zunächst nur in Tagesstätten - neu berechnen. Wie viel Eltern zahlen, soll ab 1. September nicht mehr mit davon abhängen, wie viele ihrer Kinder in ein und derselben Einrichtung betreut werden. Bislang gibt es für Familien Ermäßigungen, wenn sie mehrere Kinder in ein und derselben Tagesstätte unterbringen. Das hält die Stadt für ungerecht. Schließlich gebe es eine Trägervielfalt, argumentiert die Verwaltung, und Familien, die ein Kind in einer städtischen und ein zweites in einer privaten oder kirchlichen Einrichtung betreuen ließen, dürften dafür nicht bestraft werden. Die Stadt will daher die Gebühren künftig von zwei Faktoren abhängig machen: vom Familieneinkommen und davon, wie viele Kinder unter 18 Jahren in einer Familie leben.

Für viele Eltern hat das positive Folgen: Sie werden künftig weniger für einen Tagesstättenplatz bezahlen. Andere müssen hingegen tiefer in die Tasche greifen: Bis zu 140 Euro mehr im Monat müssten manche Familien bezahlen, berichtet Sattler. Betroffen seien die Eltern von 27 der insgesamt 149 Jungen und Mädchen in den städtischen Einrichtungen Bebel- und Karlstraße. Nicht alle Familien könnten diese Mehrbelastung ohne weiteres wegstecken. Der GEB fordert daher einen Bestandsschutz: Familien, die jetzt Kinder in Tagesstätten haben, sollen weiterhin nach dem alten Modus ihre Entgelte zahlen. Die neue Gebührenordnung soll erst für die Familien gelten, die ihre Kinder neu anmelden. Auf diesen Kompromiss wolle sich die Verwaltung aber offenbar nicht einlassen, berichtet die GEB-Sprecherin am Tag nach der Informationsveranstaltung. "Die Stadt trägt den Vorschlag des Bestandsschutzes nicht mit."

Der Gesamtelternbeirat hofft nun darauf, bei den Gemeinderatsfraktionen auf Verständnis für seine Argumente zu stoßen. In mehreren Stellungnahmen hat der GEB seine Position klar

gemacht und auf die weitreichenden Folgen der Gebührenneuordnung hingewiesen: Die soll vorerst zwar nur Tagesstätten betreffen, werde aber wohl zwangsläufig auch auf die Kindergärten zukommen, meint Sattler. "Sonst wäre das eine Ungleichbehandlung." Zudem müssten die Fraktionen endlich Farbe bekennen und ihre Standpunkte zum Thema Gebühren für Kindergärten und Tagesstätten deutlich vertreten.

Die Stadt hat einen für Donnerstag geplanten Gemeinderatsbeschluss in der Sache aber nun erst einmal verschoben. Das Thema wurde von der Tagesordnung genommen und soll erst in einer der nächsten Sitzungen des Verwaltungs- und Finanzausschusses diskutiert werden, sagt Hauptamtsleiter Karl-Heinz Hägele.